

Deutschland plant rasche Bunker- Ausbau gegen russische Aggression

Deutschland plant die rasche Erweiterung veralteter Bunker, um auf die wachsenden Ängste vor russischer Aggression zu reagieren. Eine umfassende Überholung wird unabdingbar. Erfahren Sie mehr.



Berlin – Das veraltete und marode Bunker-Netzwerk Deutschlands bedarf einer umfassenden Überholung, so der Präsident der Bundesbehörde für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Ralph Tiesler. In einem Interview mit der **Sueddeutschen Zeitung** erklärte Tiesler: „Zufolge eines weit verbreiteten Glaubens in Deutschland gab es lange Zeit die Überzeugung, dass Krieg kein Szenario ist, auf das wir uns vorbereiten müssten. Das hat sich geändert. Wir sind besorgt

über das Risiko eines größeren Krieges der Aggression in Europa.“

Die Bedrohung durch Russland

Die Worte von Tiesler spiegeln eine echte Angst wider, die in ganz Europa geteilt wird. Es besteht die Befürchtung, dass Russland innerhalb der nächsten vier Jahre erneut versuchen könnte, Europa anzugreifen. Dieser Zeitraum wird allgemein als das Minimum angesehen, das Russland benötigt, um sich nach einem blutigen und langwierigen Konflikt in der **Ukraine** wieder aufzurüsten.

Die aktuelle Situation der Bunker

In Deutschland stehen derzeit nur 580 Bunker zur Verfügung, von denen viele nicht betriebsbereit sind, berichtet die **Sueddeutsche Zeitung**. Zum Vergleich: Während des Kalten Krieges gab es fast 2000. Aktuell können nur 5% der deutschen Bevölkerung im Falle eines Angriffs Schutz suchen.

Zukunftspläne für den Bevölkerungsschutz

Der Präsident der Zivilschutzbehörde gab an, dass er U-Bahn-Stationen, Tiefgaragen und die Keller von öffentlichen Gebäuden aufrüsten möchte, um „schnell eine Million Schutzplätze zu schaffen“ und die Sirenen- sowie Warnsysteme des Landes auszubauen. Ein umfassender Plan für die Renovierung und Erweiterung soll im Sommer präsentiert werden, doch die Finanzierung muss noch gesichert werden.

Finanzielle Herausforderungen

Tiesler erklärte weiter: „Neue Bunkersysteme mit sehr hohen Schutzanforderungen kosten viel Geld und Zeit.“ Er schätzte, dass die BBK in den nächsten vier Jahren „mindestens“ 10 Milliarden Euro (11 Milliarden Dollar) und in den folgenden 10

Jahren weitere 30 Milliarden Euro (34 Milliarden Dollar) benötigen wird, um die Überholung abzuschließen.

Positive Entwicklungen

Es gibt jedoch auch Grund zur Hoffnung für die deutsche Behörde. Friedrich Merz konnte vor seiner offiziellen Ernennung als Bundeskanzler eine halbe Billion Euro (570 Milliarden Dollar) für die Verteidigung Deutschlands freigeben, von denen einige der BBK zugutekommen könnten. Angesichts des Ausmaßes der Aufgabe, die deutschen Streitkräfte zu modernisieren, könnte die Mittelvergabe jedoch auch in anderen Bereichen priorisiert werden.

Militärische Herausforderungen und Rekrutierung

Merz hat kürzlich versprochen, die deutsche Armee zur stärksten in Europa zu machen. Um dieses Versprechen einzuhalten, wird er große Summen ausgeben müssen, um zu modernisieren, Soldaten auszubilden und auszurüsten. Ein Bericht der parlamentarischen Kommission für die Streitkräfte wies darauf hin, dass die **deutsche Armee „zu wenig von allem“** hat. Die Armee ist seit langem unterfinanziert, und die grundlegende Infrastruktur, einschließlich der Kasernen, entspricht nicht den Standards.

Freiwilliger oder verpflichtender Dienst?

Zusätzlich kämpft die Armee darum, die Rekrutierungsziele zu erreichen. Deutschland hat sich 2018 verpflichtet, die Anzahl der Streitkräfte bis 2025 auf 203.000 zu erhöhen – ein Ziel, das später auf 2031 verschoben wurde. Die aktuelle Stärke der deutschen Armee beträgt nur 181.000. Die Regierung von Merz denkt darüber nach, einen verpflichtenden Militärdienst einzuführen. Auch Tiesler und die BBK zeigen sich besorgt über den Personalmangel: „Wir fehlen im Notfall an Personal“, sagte

er der **Sueddeutschen Zeitung**. „Vielleicht brauchen wir einen verpflichtenden Militärdienst oder einen freiwilligen Zivildienst ... Einen, der die Wahl zwischen zivilem und militärischem Dienst für das Land ermöglicht.“

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at